

## Zur Frage der Vermögensabgabe und der Wert erhöhung unseres Geldes.

Von Max Högl, Eisenbahnoberrevident.

(Schluß.)

Das alles wird aber nur dann zum Ziele und dem vor allem anzustrebenden Erfolg gleich einer entsprechenden Wert erhöhung unseres Geldes führen, wenn gleichzeitig auch Einrichtungen geschaffen werden, durch welche die Besitzer der vielen Milliarden versteckter Banknoten gezwungen werden, diese auszugeben.

Das könnte aber ohne Zweifel auch noch während des Bestandes der mit den Nationalstaaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie gemeinsamen Notenbank durch eine möglichst unvermittelte, rasche und zweckmäßige Kennzeichnung der Noten in Deutschösterreich unter namentlicher Verzeichnung deren Besitzer erreicht werden, bei welcher Gelegenheit auch schon der größte Teil des Geldes, insoweit es eben nicht für die Lebensführung oder den Wirtschaftsbetrieb des einzelnen unbedingt benötigt wird, als eine Anzahlung auf die Kriegsgewinne und Vermögensabgabe, bezw. als eine Art Zwangsangelei einzuziehen wäre.\*

Ein Teil dieser Eingänge hätte zur Sanierung der wirtschaftlichen Verhältnisse der durch den Krieg unverzüglich besondere hart in Mitleidenschaft gezogenen Gewerkschaften, Entschuldigung der Festbesoldeten u. dgl. unerschöpflichen Arten der Gerechtigkeit Verwendung zu finden.

Die Wert erhöhung des Geldes infolge Eingziehung großer Mengen Banknoten in der gedachten Weise mögliche aber auch staatliche Ausgleichsmöglichkeiten für die spätere Rückzahlung von während des Krieges kontrahierter Schulden zugunsten der Schuldner bedingen, nachdem den Gläubigern bei der Ermittlung ihrer Vermögen und der abgabepflichtigen Beträge hierauf, Augenstände voll angerechnet würden und diese darum seinerzeit trotz der inzwischen eingetretenen Wert erhöhung des Geldes jedenfalls unverzüglich rückgezahlt werden müssten.

Alle auf Wertverbesserung unseres

\* Hier finden sich einige Anregungen, die durch Maßnahmen der jugoslawischen, beziehungsweise tschecho-slowakischen Regierung bereits überholt erscheinen. Um hierüber seine Bedeutung aufzumachen zu lassen, sei bemerkt, daß dieser Artikel schon vor Monaten geschrieben wurde, besonderer Umstände wegen aber erst jetzt zur Veröffentlichung gelangen konnte.

Selbes abzielenden Unternehmungen des Staates sind auch deshalb äußerst dringend, weil wir in nächster Zeit unverhältnismäßig viele Güter und darüber leider vornehmlich unproduktive (Nahrungsmittel) aus dem Auslande einführen werden müssen, für welche wir, wenn die Krone ihre hermalige Exportierung beibehält, ungezählte Millionen reichen zu bezahlen haben werden.

Die Einführung großer Geldmittel eben jetzt möchte sich auch noch deshalb empfehlen, weil Industrie und Gewerbe derzeit nur sehr gering beschäftigt sind.

Deutschösterreich frankt bekanntlich in einem Überschuss von Beamten und sonstigen Angestellten, die die kapitalistische Sphäre seit am liebsten satt und sondern vertilgen möchten. Täglichlich regnen ihre Blätter geifernd vor, was für Unjammern die Beamten kostet, daß sich deren Bezüge auf das doppelte und mehr erhöht haben. Dabei wird gesellschaftlich darüber geschwiegen, daß sich die Preise aller, selbst der menschenunwürdigsten Nahrungsmittel und der östernotwendigsten Bedarfssachen durchschnittlich um 2000 bis 3000 v. H. erhöht haben. Anstatt diese Bedauernswerten nun schon jetzt zum größten Teil zu pensionieren und solcherart zu untauglichen Pfundbüchern des Staates zu machen, wähle man die geeigneten darunter aus und verwende sie vorläufig zu den früher bezeichneten Arbeiten (Prüfung der einzubringenden Vermögensbelastnisse, Anlegung von Vermögenslasten, Ausuchen verheimlichter Kriegsgewinne usw.).

Es werden dann auch die Magen gewisser Kreise über die unauslängliche Ausnutzung der Beamten bestimmen und diese werden sich sogar als rechtlich erweisen können!

Doch noch Herstellung geordneter Verhältnisse, welche Aufgabe zur Hauptfache aber wohl noch von den Beamten zu lösen sein wird, eine weitestgehende Verminderung der Zahl der im staatlichen Dienste verwendeten Angestellten Platz greifen muß, steht außer Frage.

Darauf näher einzugehen, ist hier nicht am Platze, so sehr vorlaud dies auch für einen Beamten wäre, denn die Schäden und Mängel des bisherigen Systems leider nur zu gut bekannt sind.

Beiläufig nach den hier ausgeführten Grundsätzen muß die dringend nötige Erneuerung unserer Staats- und Volkswirtschaft in Angriff genommen werden und dabei hat — wie nochmals betont werden soll — das erste und wichtigste Ziel zu sein: Wert erhöhung unseres Geldes durch Einführung der Kriegsgewinne und Durchführung einer gerechten Vermögensabgabe.

Die Kapitalisten und mit diesen natürlich auch der während des Krieges reich gewordenen Mob streben wohl auch eine Verbesserung unseres Geldwertes an, sie möchten dies aber vielleicht durch einen einfachen — Staatsrat, d. h. durch Herabsetzung des Nennwertes unserer Banknoten auf einen bestimmten Betrag erreichen, aus dem ganz begreiflichen Grunde; meildabei die dermalige Vermögensverteilung keine Veränderungen erfahren würde, sie also nichts zu verlieren hätten.

Doch dadurch die vielen kleinen Besitzer auch um ihr letztes kämen, könnte diesen Ehrenmännern doch keine Sorge bereiten.

Wir aber wollen das wenige, was wir vor den habgierigen Händen des Krieges noch zu retten vermöchten, nun erhalten und zur Gesundung unserer Währung und Wirtschaftsverhältnisse die uns von den Kriegsgewinnern geraubten Milliarden verwendet wissen.

Die erfreulichste Wirkung solcher staatlicher Maßnahmen wäre aber voraussichtlich moralischer Art.

Das ehrliche Bemühen der Regierung um Verbesserung der Verhältnisse nach Recht und Gerechtigkeit möchte vom größten Teil der Bevölkerung dankbar quittiert werden, dem gefürchteten Bolschewismus würde der Mächtigen entzogen und die überhandnehmende Arbeiterschicht schwinden.

Denn diese leider nicht mehr seltenen sittlichen Schäden des Volkes haben ihren Grund gewiß nicht zum wenigsten in der traurigen Erkenntnis, daß es sich nicht lohnt, durch ehrliche Arbeit sein Fortkommen zu suchen, wo das ganze Wirtschaftssystem auf unverhältnismäßiger Spekulation und schrecklicher Korruption beruht.

Wenn darum die Regierung gegen dieses System kraftvoll und unerbittlich austritt und sich damit nicht zu lange Zeit läßt, wird sie auch die Unterstützung der im Grunde äußerst gutmütigen Bevölkerung finden und es dürfen dann nur recht wenige übrig bleiben, die nicht gerne auch ihr Teil zur Wiederaufrichtung und Erstärkung des uns trost allem doch so lieben und teuren Vaterlandes beitragen wollen. Heil Deutschösterreich!

Die Tatsache, daß Aehnliches, wie das hier von einem Laien Angeregte, durch einen Fachmann, den tschechischen Finanzminister Dr. Rosin, teilweise verwirkt wurde, beweist wohl nur, daß die Lösung der durch die Kriegsgeschäfte — und viel weniger durch den Krieg selbst — geschaffenen unhalbaren Staats- und Privatwirtschaftsverhältnisse in einem völlig unglücklichen Sinne kaum vielleicht möglich seien zu läßt und daß es der tschechoslowakischen Regierung um eine Ordnung der Verhältnisse in dieser Weise auch ernst und dringend erscheint.

Nun sind seit dem Zusammenbruch der Monarchie gewiß mancherlei Umstände maßgebend geworden, welche nicht zuliegen, daß Deutschösterreich mit solchen finanziellen Maßnahmen den Anfang mache, sondern es zwangen, den Aktionen der Sultzeßstaaten nachzuhören.

Die langen Kriegsjahre vor dem Fall Österreich-Ungarns sind in diesen Belangen aber fast gänzlich ungenutzt geblieben!

Es muß aber wohl wundernehmen, daß die deutsch-österreichische Regierung anlässlich der durch das Vor-gehen der Südslaven und Tschechen unausweichlich geworbenen Abstempelung auch unserer Banknoten gerade nur diese Abstempelung und nicht einmal eine momentliche Verzeichnung der Besitzer der Gelber vorgenommen hat — von einer Einführung eines Teiles dieser Gelder gar nicht zu reden!

Die höhnenden Kritiken unserer Finanzblätter über die Maßnahmen Rosins beluden ziemlich unverblümmt die Ungt der Kapitalisten, von den während des langen „Schönen“ Krieg so leicht verdienten Milliarden nun doch auch einiges auslassen zu müssen, und mit kaum wenigen Worten wird dabei das an der Finanzpolitik Rosins für uns wirklich schmerzliche verführt: die Einbeziehung Deutschöhmens in die Vermögensabgabe für den tschechischen Staat!